

Aufnahmestopp beim Kirchenasyl Gütersloh. In Deutschland beantragen immer mehr Menschen Kirchenasyl. Doch die begrenzten Kapazitäten der Kirchen stoßen an ihre Grenzen. Auch in Gütersloh sind alle Plätze belegt.

Neue Westfälische Gütersloh Donnerstag, 28. März 2024

Aufnahmestopp beim Kirchenasyl

Allein in Nordrhein-Westfalen gab es im vergangenen Jahr über 474 Fälle von Kirchenasyl.

Philipp Kersten

Gütersloh. Die Fälle von Kirchenasyl steigen bundesweit. Allein in NRW gab es im Jahr 2022, nach Angaben der Landesregierung, 389 Fälle von Kirchenasyl. Für das Jahr 2023 (Zeitraum 1. Januar bis 31. Oktober 2023) sind nun 474 Fälle von Kirchenasyl bei den beiden Amtskirchen erfasst worden. Rund 78 Prozent davon entfallen auf die evangelische und etwa 22 Prozent auf die katholische Kirche. Auch in Gütersloh steigt die Zahl der Anträge mit der Bitte um Kirchenasyl. Mittlerweile kann die evangelische Kirchengemeinde keine Schutzsuchenden mehr aufnehmen.

„Früher hat es immer mal Phasen gegeben, in denen wir niemanden im Kirchenasyl hatten. Jetzt gibt es das nicht mehr. Wir sind eigentlich immer voll besetzt“, erklärt Karin Elsing, die Sprecherin des Arbeitskreises Asyl des Evangelischen Kirchenkreises Gütersloh. Wie vielen Menschen die Kirche in Gütersloh Asyl gewährt, möchte sie nicht verraten. Genauso wenig wie die Anzahl der Anfragen, die sie bekommen. „Ich kann sagen, dass täglich mehrere Anfragen bei uns ankommen“, sagt sie.

Als Kirchenasyl bezeichne man den zeitlich begrenzten Schutz von Geflüchteten durch die Unterbringung in einer Kirche oder kirchlichen Gebäuden. Das Asyl an „heiligen Orten“ sei eine Tradition, die bis ins Mittelalter zurückreiche, sagt Ulrike Poggenklaß, die sich ebenfalls im Arbeitskreis Asyl engagiert. In der heutigen Zeit fuße das Kirchenasyl auf einer Abmachung mit dem Staat. Sobald die Kirche den Geflüchteten in Obhut nimmt, ist sie auch für die Verpflegung und sonstige Kosten, wie die komplette medizinische Versorgung, zuständig. Die sonst vom Staat gewährten Leistungen entfallen. Im Gegenzug verzichte der Staat beispielsweise auf das Durchsetzen von Abschiebungen, erklärt Pastor Stefan Salzmann. Finanziert werde das hauptsächlich durch Spenden.

Dass es derzeit so viele Anfragen gibt, liege vor allem an den in Gütersloh befindlichen Notunterkünften und an dem „Dublin-Verfahren“, mit dem die Asylanträge der Geflüchteten überprüft werden, weiß Elsing. Geflüchtete in den Notunterkünften seien aufgrund ihres von staatlicher Seite nur kurz geplanten Aufenthalts zu bestimmten Dingen nicht berechtigt, so Elsing. „Sie bekommen keine Verfahrensberatung. Das führt dazu, dass die Geflüchteten dann eigenständig bei der Diakonie aufschlagen.“ Dort dürfe ihnen aus rechtlichen Gründen aber keiner helfen. „Wir haben mittlerweile Handzettel in verschiedenen Sprachen, um

darüber aufzuklären“, sagt die Sprecherin.

Aufgrund des „Dublin-Verfahrens“ habe sich ebenfalls einiges geändert. Es führe nämlich immer mehr zu Fällen von Kirchenasyl. „Früher ging es beim Kirchenasyl hauptsächlich um die drohende Rückführung in ein nicht sicheres Heimatland“, sagt Salzmann.

„Jetzt ist es nicht mehr garantiert, dass die Asylverfahren in manchen Ländern ordnungsgemäß durchgeführt werden“, sagt Elsing. Als Beispiel nennt sie den Fall einer Frau, die später in Gütersloh betreut wurde. „Sie hat in Bulgarien ihren Asylantrag gestellt.“ Im Zuge dessen sei sie von den Behörden vor Ort von ihrem Mann getrennt, in Dunkelhaft gesteckt und misshandelt worden, berichtet die Sprecherin.

Es gehe aktuell also eher darum, dass im Kirchenasyl die Fristen des „Dublin-Verfahrens“ ausgedehnt werden. So können die Asylanträge in Deutschland behandelt werden und die Betroffenen müssen keine Angst mehr davor haben, wieder in die Auffanglager nach Bulgarien geschickt zu werden, erklärt Elsing.

Die ganze Gemengelage macht nicht nur den Geflüchteten, sondern auch den Helfern der Kirche zu schaffen. Gerade das Ablehnen der Anträge auf Kirchenasyl sei nichts, was man einfach so macht, betont sie. Generell sei die psychische Belastung für die Helfer sehr hoch. Dabei helfe es auch nicht, wenn christlich geprägte Parteien ihre Haltung beim Thema Flucht und Migration stark verändern würden, sagt Poggenklaß. Allen voran die CDU, deren Vorsitzender Friedrich Merz immer wieder mit Sprüchen negativ auffalle.

Besonders ist Poggenklaß ein Spruch aus dem vergangenen Jahr im Kopf geblieben. Im Herbst 2023 sagte Merz öffentlich: „Auch die Bevölkerung, die werden doch wahnsinnig, die Leute. Wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine.“

Mit dem Wort „christlich“ habe diese Art der Kommunikation nichts mehr zu tun, betont sie. Leider gebe es auch in Gütersloh und Umgebung Christdemokraten, die dem Kirchenasyl kritisch gegenüberstehen, weiß Poggenklaß. Ein Umstand den sie sehr bedauert. „Wir gewähren nur Kirchenasyl, wenn die Situation sonst nicht mehr menschlich tragbar ist.“